

Eine Reform ist
nötig und möglich

Bundeswehr, quo vadis?

Klaus Naumann

Die Frage, wohin es mit unserer Bundeswehr geht, ist leider immer noch nicht beantwortet. Das Bundeskabinett hat zwar nach Vorlage des Berichts der so genannten Weizsäcker-Kommission einen Entschluss zur Reform der Bundeswehr gefasst, doch die Realisierung geht nur stockend voran, und die unzureichende finanzielle Ausstattung lässt befürchten, dass die Reform am Rande des Scheiterns steht, vermutlich bereits gescheitert ist. In jedem Fall wird man nach Abschluss der Regierungsbildung im Herbst 2002 noch einmal eingehend prüfen müssen, wo die Bundeswehr steht, und wo Anpassungs- oder gar Änderungsbedarf vorhanden ist.

Es versteht sich von selbst, dass man weitgehend von dem ausgehen muss, was die Regierung beschlossen hat. Alles andere würde die ohnehin arg gebeutelte Truppe überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Anpassung und Änderung kann also nur da erfolgen, wo Fehlentwicklungen eingetreten sind oder wo die internationale Lage Veränderung verlangt. Man tut daher gut daran, noch einmal zu überdenken, ob und was sich seit dem Beschluss der Bundesregierung zur Reform der Bundeswehr geändert hat. Es gibt vier Punkte, die eine Überprüfung begründen.

Eine neue Bedrohung

Die tragischen Ereignisse des 11. September 2001 haben deutlich gezeigt, dass man über den Schutz unserer verwundbaren Gesellschaften noch einmal nachdenken muss. Alle bisherigen Planungen

sind ausgerichtet auf die Abwehr eines Angriffs durch Streitkräfte. Spätestens am 11. September 2001 müsste man verstanden haben, dass das nicht mehr ausreicht. Es muss ein Schutzkonzept entwickelt werden, das alle Schutz- und Rettungskräfte unseres Landes zur Abwehr von Angriffen auf Deutschland zusammenfasst und sie bei Angriffen, die nicht durch feindliche Streitkräfte erfolgen, unter Führung des Innenministers einsetzt. Die Bundeswehr kann und muss dazu Beiträge im Bereich Schutz des Luftraumes und der Territorialgewässer leisten. Sicherungskräfte, ABC-Abwehr-, Pionier-, Sanitäts- und Transportkräfte könnten zur Hilfeleistung im Inneren herangezogen werden. Man muss daher prüfen, ob die bislang geplanten Kräfte ausreichen und ob ihre Verfügbarkeit gegeben ist. Zusätzlich sollte man untersuchen, ob Teile dieser Kräfte so beweglich sein sollten, dass sie zur Unterstützung Verbündeter herangezogen werden können.

Mobile Einsatzkräfte

Der 11. September hat auch gezeigt, dass man den Risiken am besten dort begegnet, wo sie entstehen. Das ist der wirkungsvollste Schutz des eigenen Landes wie des NATO-Vertragsgebietes. Dazu benötigt Deutschland ebenso wie seine Verbündeten rasch einsetzbare, verlegefähige Einsatzkräfte, die auch weit außerhalb des Bündnisgebietes Einsätze aller Art über längere Zeit durchhalten können. Die Entscheidung der Bundesregie-

150 000 Mann Einsatzkräfte vorzusehen, entspricht dieser Forderung. Überprüft werden müssen allerdings die Einsatzbereitschaft dieser Kräfte, der Führungsaufwand und die materielle Ausstattung, die nicht den Möglichkeiten zu entsprechen scheint, die moderne Technologie heute bietet. Der Prüfung bedarf auch, ob die Zusagen, die gegenüber Vereinten Nationen, NATO und EU gemacht wurden, eingehalten werden können.

Verbesserte Ausstattung

Nach dem 11. September zeigte sich, dass die seit 1996/97 von den Militärs als den Zusammenhalt des Bündnisses gefährdend angesehene Lücke der militärischen Fähigkeiten zwischen den USA und ihren Verbündeten zwischenzeitlich so groß geworden ist, dass nur noch geringe Teile der rund eine Million Mann starken europäischen Streitkräfte geeignet sind, mit den US-Truppen in gemeinsamen Operationen eingesetzt zu werden. Die materielle Ausstattung bedarf daher der Verbesserung, zu knapp bemessene Kräfte wie beispielsweise Special Forces der Verstärkung und noch nicht vorhandene Kräfte wie beispielsweise Raketenabwehr der Aufstellung.

Russland

Das am 29. Mai 2002 in Rom geschlossene Abkommen zwischen den NATO-Staaten und der Russischen Föderation stellt eine weitere Verbesserung der Sicherheit Europas dar. Der strategische Schwerpunkt der NATO ist spätestens seit diesem Tage der Südosten und der Süden des NATO-Vertragsgebietes. Kräfte, die vorrangig zur Verteidigung des europäischen Festlandes vorgesehen waren, verlieren mit der Festigung des Verhältnisses zu Russland an Bedeutung. Die Gewichtung der Teilstreitkräfte ist daher ebenso zu überprüfen, wie der Aufwand für die Mobilmachung mit dem Ziel weiterer Reduzierung untersucht werden sollte.

Diese vier Punkte und der alarmierende Zustand der zwischen Überforderung durch immer ehrgeizigere Einsätze und Unterfinanzierung einer tief greifenden Reform zunehmend zermürbten Bundeswehr verlangen Überprüfung nach der Bundestagswahl. Wer dies heute leugnet und auf das ebenso schlichte wie falsche Konzept weiter wie bisher setzt, der zeigt, dass er entweder nicht verstanden hat, worum es bei der so genannten *revolution in military affairs* wirklich geht, oder dass es ihm gleichgültig ist, was aus dem nach wie vor wichtigsten Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wird. Deutschland ist heute in Sachen Verteidigung der kranke Mann Europas, das nahezu ungefährdete Schlusslicht in der NATO. Korrektur ist daher dringend geboten.

Diese Überprüfung muss mit Überlegungen zur NATO- und EU-Planung beginnen.

Wechselseitige Ergänzung

Man sollte die Identifizierung der Schwächen der amerikanischen Streitkräfte und Entwicklung eines Beitrages der Europäer an den Anfang stellen, der gleichzeitig die Fähigkeit der Europäer zu eigenständigem Handeln erhöht und europäische Komponenten schafft, mit deren Einsatz in gemeinsamen Operationen Schwächen der USA reduziert und die Durchhaltefähigkeit erhöht werden könnte. Dieser Ansatz ist von zwei Überlegungen bestimmt, die letztlich beide von der Realität knapper Mittel und bereits bestehender Lücken diktiert werden.

1. Man sollte immer mit den Elementen beginnen, in denen die Amerikaner entweder Verstärkung brauchen oder wo sie in ihrem Streitkräftedispositiv Lücken aufweisen. Europa könnte so für die Amerikaner unverzichtbar werden.

2. Würden die Europäer damit Zugang zu amerikanischen Fähigkeiten erhalten, die Europa nicht hat und auf absehbare

Zeit gar nicht erwerben kann, wie beispielsweise die überlegene, globale Satelitenkapazität der Amerikaner.

Ein solcher Ansatz verspricht bei beschränkten Mitteln, die auch nach der spätestens ab 2005 unumgänglichen, aber begrenzten Anhebung der Verteidigungshaushalte knapp bleiben werden, zu einer der Anstrengung angemessenen Steigerung des europäischen Einflusses zu führen.

Dieses politische Ziel sollte man nie aus dem Auge verlieren, denn die europäischen Streitkräfte müssen einem doppelten Zweck dienen:

Sie müssen, erstens, einen Beitrag in der NATO darstellen, der für die USA so unverzichtbar ist, dass die Europäer ein ausreichendes Maß an politischer Mitsprache erreichen, und sie müssen, zweitens, so zugeschnitten sein, dass Europa da und dann handlungsfähig ist, wenn, aus welchen Gründen auch immer, die USA nicht bereit oder nicht willens sind zu handeln. Geht man von der Annahme aus, dass nationale Streitkräfte im Grundsatz immer aus den drei Komponenten Interventionskräfte, Heimatschutzkräfte und Ausbildungsorganisation bestehen, dann sollte man damit beginnen, dass man zuerst die Aufgabenbereiche ermittelt, die man zweckmäßiger in einem multinationalen Verbund bewältigt.

Erst danach sollte man an die Ausplattung der nationalen Kräfte gehen.

Man muss also die Bereiche und Aufgaben identifizieren, die für eine begrenzte eigenständige Handlungsfähigkeit der Europäer unabdingbar sind, bei denen die USA Verstärkung durch die Verbündeten gut gebrauchen können und deren Komplexität es nahe legt, Lösungen im europäischen oder atlantischen Verbund zu suchen.

So überlegen die USA auch in dem Bereich sind, den man neuerdings C4ISTAR (*Command, Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance, Target Ac-*

quisition, Reconnaissance) nennt, so sehr brauchen sie auch gerade da Verstärkung durch europäische oder verbündete Kräfte. Eine europäische Komponente, die beispielsweise aus bemannten Aufklärungsflugzeugen der Typen JSTARS oder ASTOR, aus unbemannten Aufklärungsflugzeugen des Typs Global Hawk und den taktischen Geschwistern wie den unbemannten Fluggeräten (UAV) Predator oder KZO sowie mit Aufklärungsradar ausgestatteten Hubschraubern zur taktischen Nahaufklärung bestünde, wäre eine jederzeit und hoch willkommene Ergänzung der amerikanischen Aufklärungsfähigkeit. Man könnte sie als multinationale, europäische Komponente der NATO planen, die, ergänzt um abgestellte amerikanische Mittel, eine NATO *Component Force* nach dem Muster AWACS würde. Man könnte sie auch als EU-Truppe konzipieren, die ebenfalls, im Bedarfsfall durch amerikanische und andere Komponenten verstärkt, zu einer NATO-Truppe würde.

Auch im C4-Bereich kann man sich multinationale, europäisch besetzte Module vorstellen, deren primärer Auftrag es wäre, die Führungsfähigkeit der EU-Eingreiftruppe sicherzustellen, die aber integraler Bestandteil des Führungssystems der NATO sind. Beide Elemente würden in Ergänzung der nationalen Mittel der EU-Staaten eine für die Petersberg-Aufgaben der EU durchaus ausreichende C4ISTAR-Architektur der EU erzeugen. Sie könnten in NATO-Operationen genutzt werden, und sie könnten in einer von den USA geführten Koalition, an der die Europäer sich beteiligen, zum Einsatz kommen.

Andere Bereiche, in denen sich ein solcher Ansatz lohnen würde, sind das weite Feld der elektronischen Kampfführung und der Operationen im *Cyberspace*, aber auch Aufgaben wie Lufttransport einschließlich Luftbetankung, wo mit der Idee des europäischen Lufttransportkommandos schon ein gedanklicher Einstieg

gemacht wurde. Auch bewaffnete Luftrettung (CSAR) und weitreichendes Feuer aus dem Abstand durch eine europäische, multinational bemannte *Cruise Missile Force* bieten sich für das Verstärken der amerikanischen Fähigkeiten und das Schließen europäischer Lücken in NATO und EU regelrecht an. Alle genannten Beispiele stehen für Bereiche, in denen man technische und taktische Interoperabilität anstreben muss und die sich gleichzeitig gut eignen, europäische multinational bemannte Komponenten aufzustellen. Täte man dies, erreichte man noch eine weitere positive Wirkung: Die Integration Europas würde in kleinen pragmatischen Schritten vorangebracht. Die europäischen Staaten würden sich zwar in eine gewisse Abhängigkeit voneinander begeben, aber sie wären dafür in der Lage, modernste Technik zu nutzen, sie würden Kosten sparen und Effizienz steigern.

Zusammenarbeit schafft Mitsprache

Die genannten Aufgabenbereiche, die man eines Tages sicher um eine Komponente Raketenverteidigung sowohl für das Gebiet Europas wie auch für eingesetzte Truppen wird ergänzen müssen, sind die, in denen die Europäer besonders aufwendige Elemente, die im Sprachgebrauch oft *force multipliers* genannt werden, zu integrierten, multinationalen Truppenteilen zusammenfassen könnten. Sie würden damit Fähigkeiten bieten können, welche die USA brauchen, um lange dauernde Operationen durchzuführen oder in mehreren Operationsgebieten gleichzeitig zu handeln. Das würde Einfluss und Mitsprache sichern.

Andere Elemente der Streitkräfte bieten sich für eine Poolbildung oder die Zusammenfassung unter einem europäischen Kommando an. See- und Lufttransport sind Bereiche, für die es bereits Blaupausen gibt. Weitere Möglichkeiten bestehen im Bereich der Logistik und des

Sanitätsdienstes sowie überall da, wo die Größe der verbleibenden Truppenteile eine eigenständige Führung und Versorgung fragwürdig erscheinen lassen. Unterseeboote und Marineflieger sind hier beispielsweise zu nennen.

Erst wenn dieses Herausfiltern der Elemente erfolgt ist, die sich für europäische Pool-Lösungen anbieten, sollte man sich an die Ausplanung der nationalen Streitkräfte machen. Dies bedeutet zwar weitere Abhängigkeit, und letzten Endes könnte man das sogar als einen teilweisen Verzicht auf Souveränität interpretieren, doch der Gewinn ist nicht unbeträchtlich. Die eingesparten Kosten für Führungs- und Versorgungsaufwand können für die Modernisierung des Kerns der nationalen Streitkräfte genutzt werden.

Vision einer europäischen Armee

Wichtiger aber noch scheint, dass die Schaffung multinationaler europäischer Elemente die europäische Integration sozusagen *bottom up* wachsen lässt. Dieser Weg ist realistischer, als heute eine europäische Armee zu fordern, obwohl Europa noch nicht in der Lage ist, sich auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verständigen. Sollte der Europäische Konvent zu Ergebnissen kommen, die diese pessimistische Einschätzung revidieren, und sollten die Ergebnisse des Konvents in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts von den Mitgliedsländern der EU angenommen werden, dann kann man über das Thema europäische Armee, das als die langfristige Vision auf jeden Fall im Auge behalten werden sollte, neu nachdenken. Heute aber eine Armee aus dem Boden zu stampfen, ohne Klarheit zu haben, ob Europa supranationale Züge annehmen wird, ohne zu wissen, wer die Befugnis haben wird, über den Einsatz dieser Armee zu entscheiden, und ohne bereit zu sein, in den dazu nötigen Transfer von nationaler Souveränität einzuwilligen, das

hieß, den Karren vor das Pferd spannen. Aus diesem Grund ist die bislang getroffene Festlegung der EU, gegenwärtig keine europäische Armee anzustreben, ebenso pragmatisch wie richtig.

Die machbare und in der gegebenen Lage wünschenswerte Konstruktion ist die oben skizzierte: Eine in die NATO integrierte, aber für Operationen der EU herauslösbare Führungs- und Aufklärungsstruktur (C4ISTAR) zu schaffen und in ihr möglichst viele unterstützende Module zu verankern, die ebenfalls in die NATO integriert, aber abtrennbar sind. Damit wird eine Struktur geschaffen, die sich beliebig ergänzen und erweitern ließe, bis hin zu der Vision einer europäischen Armee. Aber selbst die müsste stets den Gedanken engster Verknüpfung amerikanisch-kanadischer militärischer Fähigkeiten mit denen der europäischen Verbündeten im Auge behalten. Diese Verknüpfung ist angesichts der Leistungsfähigkeit Europas der beste Weg, die Verteidigung Europas ebenso zu gewährleisten wie das Meistern neuer, globaler Gefahren.

Interventionskräfte

Wesentliche Teile der nationalen Streitkräfte der europäischen Verbündeten sind in das so skizzierte Grundnetz integrierbar zu konzipieren. Sie bestehen, wie bereits erwähnt, aus den drei Komponenten Interventionskräfte, Heimatschutzkräfte und Ausbildungsorganisation.

Für die Ausplanung der Interventionskräfte haben die NATO, aber insbesondere auch die EU, die dazu auf Vorarbeiten der WEU zurückgreifen konnte, qualitative Vorgaben gemacht. Sie sind in allgemein gehaltenen Charakteristiken wie Beweglichkeit, Mobilität, Flexibilität und Durchhaltefähigkeit ebenso ausgedrückt wie in den weitergehenden Präzisierungen der Beschlüsse von Helsinki. Würde man sie nun durch die Forderung nach voller Nutzung streitkräftegemeinsamer

Synergien, nach schlanken und einfachen Führungsstrukturen, nach dem allmählichen Übergang zum Planungsansatz *systems of systems* und durch präzise Angaben zur Verlegefähigkeit ergänzen, dann wären schon morgen Richtlinien da, die es den Nationen erlaubten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Planungsvorschläge für NATO und EU zu entwickeln. Beide Organisationen wären dann aufgerufen, in gemeinsamer Arbeit die Nationen auf Duplizierungen und Lücken hinzuweisen und zu versuchen, ein Höchstmaß an Harmonisierung zu erreichen. Die positiven Nebenwirkungen eines solchen Planungsverfahrens könnten Impulse für die Rüstungsplanung sein, die es erlaubten, die transatlantische wie die europäische Zusammenarbeit zu intensivieren.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen bei der Ausplanung der Interventionskräfte die Seestreitkräfte. Ein Blick auf den Globus zeigt, dass bis zu achtzig Prozent aller denkbaren Krisengebiete im Durchschnitt nicht weiter als zirka zweihundert Kilometer von einer Küste entfernt sind. Den größten Erfolg verspricht daher eine Strategie, die sich der Machtprojektion *onward from the sea* bedient. Sie kann mit einem hohen Maß an politischer Unabhängigkeit verwirklicht werden, sofern projektionsfähige Seestreitkräfte verfügbar sind. Die großen politischen und strategischen Vorteile, die Seestreitkräfte in den Lagen bieten, die durch Unberechenbarkeit, die Notwendigkeit zu rascher Reaktion und durch große Entfernung zum Heimatgebiet gekennzeichnet sind, sind folgende:

1. Eine Reaktion ist früh in der Krise möglich, weil die Entscheidung zu intervenieren fallen kann, wenn man Streitkräfte nahe am Interventionsgebiet auf See stehen hat.

2. Die Machtprojektion von See aus, *onward from the sea*, kann in großer Unabhängigkeit von Lande- und Überflugrechten geschehen. Seestreitkräfte sind

gegenüber der Verweigerung von Zugang, *access denial*, einer ebenso wirksamen wie einfachen asymmetrischen Reaktion, am unempfindlichsten.

Wer diese Komponente moderner Streitkräfte nicht ausreichend ausbaut, verzichtet auf Flexibilität, verurteilt sich selbst zur Reaktion und erhöht die eigene Verwundbarkeit. Modernen, hochseefähigen Interventionskräften kommt deshalb unter den vorherrschenden Bedingungen erhöhte Bedeutung zu. Dies kann und wird bei der Ausplanung nationaler Streitkräfte eine Rolle spielen und dürfte auch in traditionell als Landmacht anzusehenden Staaten Europas zu einer veränderten Gewichtung der Rollen von Land-, Luft- und Seestreitkräften führen.

Hinsichtlich der Verlegebereitschaft der europäischen Eingreiftruppe geben die Beschlüsse von Helsinki Anhalte. Zu befürchten ist allerdings, dass die damit erreichbaren Reaktionszeiten zu lang sein werden. Man muss in der Lage sein, auf unvorhergesehene Geschehnisse reagieren zu können. Den großen europäischen NATO-Staaten Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien und mittelfristig dazu noch Polen, Griechenland und die Türkei sollte man daher die Auflage machen, je eine luft- wie see-transportfähige Heeresbrigade sowie einen gemischten Verband Luftstreitkräfte (Luftangriff/ Luftverteidigung) und eine Marine-TaskGroup ständig so in Bereitschaft zu halten, dass sie binnen sieben Tagen verlegt werden können. Die Durchführung der Verlegung würde in Zukunft Angelegenheit des europäischen Lufttransportkommandos beziehungsweise des europäischen Seetransportkommandos sein, die dementsprechend Transportmittel bereithalten müssen.

Ein gleichzeitiger Einsatz dieser bis zu acht europäischen Brigaden ist kaum wahrscheinlich, aber die EU wie die NATO könnten so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Man hätte eine Reak-

tionsfähigkeit, die es erlaubte, auch auf das Unerwartete zu reagieren, und man hätte ein Potenzial zur sofortigen, anfänglichen Verteidigung des Bündnisgebiets. So bemessene europäische Fähigkeiten und das Potenzial der USA müssten ausreichen, damit jeder Opponent doch noch einmal überlegt, ob es nicht klüger wäre, nicht zu den Waffen zu greifen. Die Achillesferse ist die Verwundbarkeit dieser Kräfte, sobald sie außerhalb des Bündnisgebietes eingesetzt werden, besonders dann, wenn sie in die Reichweite ballistischer Raketen kommen. Eine Abwehrfähigkeit gegen ballistische Raketen zum Schutz der eingesetzten Interventionskräfte ist daher anzustreben. Das setzt jedoch voraus, eine mit dem Abwehrsystem für das Bündnisgebiet verbundene Battle-Management-Architektur aufzubauen, die mit dem Problem der extrem kurzen Flugzeiten fertig wird und für die verlegbare Raketenabwehrsysteme zur Verfügung stehen.

Territoriale Kräfte

Die Territorialkräfte sind schwieriger zu konzipieren, weil hier als Konsequenz aus den Ereignissen des 11. September 2001 erheblicher Änderungsbedarf besteht. Zum einen muss die grundsätzliche Ausrichtung vorhandener Heimatschutzkräfte auf den Prüfstand, zum anderen muss ein umfassendes System der Heimatverteidigung geschaffen werden, in dem militärische Kräfte nur ein Segment darstellen, und schließlich muss geprüft werden, inwieweit diese Kräfte auch darauf vorzubereiten sind, im Bündnisgebiet zur Verstärkung von entsprechenden Kräften der Verbündeten eingesetzt zu werden.

Der reagierende Schutz setzt zunächst ein funktionierendes Führungssystem für den koordinierten Einsatz aller Hilfs- und Rettungskräfte eines Landes voraus. Hier können und müssen die Streitkräfte eine unterstützende Rolle spielen. Spezielle Fähigkeiten, wie sie in Form von ABC-

Abwehrkräften oder auch Pionieren nur in den Streitkräften vorhanden sind, könnten hier selbstverständlich auch im Inneren eines Landes zum Einsatz kommen. Aber auch Feldjäger, besser noch Kräfte wie die italienischen Carabinieri, die französische Gendarmerie oder die spanische Guardia Civil und Sicherungstruppenteile sowie Fernmeldekräfte können zur Bewältigung der Folgen terroristischer Angriffe herangezogen werden. Es wird daher zu prüfen sein, ob diese Kräfte in ausreichender Zahl und Verfügbarkeit in den nationalen Streitkräften vorhanden sind. Sie sind aber stets so zu gliedern und auszustatten, dass sie auch weiterhin primär ihren eigentlichen militärischen Auftrag durchführen können. Im Inneren, beispielsweise in Deutschland, sollten sie nur komplementär zu den Kräften von BGS, THW, Bereitschaftspolizei der Länder, Feuerwehren/Katastrophenschutz und Rotem Kreuz im Sinne eines umfassenden Schutzes der Bevölkerung zum Zuge kommen.

Es sollte auch geprüft werden, inwieweit Lücken in der Schutzfähigkeit der EU beziehungsweise der Bündnisländer bestehen. Dementsprechend sollte die EU respektive ihre Bündnisländer aufgefordert werden, Teile ihrer Heimatschutzkräfte für Einsätze innerhalb des NATO/EU-Gebietes verlegefähig zu machen. Diese Kräfte müssen binnen weniger Tage abmarschbereit sein. Durch ihren Einsatz im Ausland darf jedoch das eigene Land nicht schutzlos zurückgelassen werden.

Ausbildung

Das dritte Element ist eine Ausbildungsorganisation. Sie hat die Interventions- und territorialen Kräfte von allen Ausbildungsaufgaben zu entlasten, damit sie stets einsatzbereit sind. Zusätzlich können Ausbildungseinheiten im Falle einer Mobilmachung den Kern mobil zu machender Kräfte oder auch, nach entspre-

chender Vorbereitung, von Ergänzungstruppenteilen der territorialen Kräfte, eventuell sogar der Interventionskräfte bilden. In Teilbereichen, insbesondere dort, wo die gleiche Ausrüstung vorhanden ist, könnte Ausbildung auch in internationalem Verbund durchgeführt werden. Sorgfältigste Prüfung ist allerdings geboten, da in der Regel identische Ausbildungsgrundlagen und -ziele selbst da nicht vorhanden sind, wo Nationen das gleiche Waffensystem verwenden. Andererseits waren die Erfahrungen der Bundeswehr mit der trinationalen Ausbildung der Tornadopiloten in Cottesmore oder mit der fliegerischen Grundausbildung in Sheppard Air Force Base ermutigend.

Folgte man diesem Ansatz, dann könnten Schritt für Schritt europäische Streitkräfte entstehen. Streitkräfte, die in der Lage wären, gemeinsam mit den USA die Risiken von Europa und dem Bündnisgebiet fernzuhalten, und die helfen könnten, Konflikte vorbeugend zu verhindern.

Verurteilt zur Reaktion

Ein europäischer Beitrag wie hier skizziert würde den Wunschpartner Europa zum unentbehrlichen Partner der USA machen. Das wäre der beste Weg, amerikanischen Neigungen zum Unilateralismus erfolgreich zu begegnen.

Eine Europäische Union dagegen, die auf leistungsfähige Streitkräfte und deren Projektionsfähigkeit verzichtet, verurteilt sich selbst zur Reaktion, zur Abhängigkeit von den Amerikanern. Sie bliebe ein wirtschaftlicher Riese, aber politisch, in einer Zeit voller Ungewissheit und Unsicherheit, ein impotenter Zwerg. Ob dies so bleibt oder nicht, hängt stärker als von jedem anderen Land von Deutschland ab.

Die Frage, ob Deutschland eine solche Reform realisieren kann, hängt ab von der Personalfrage und damit von der Zukunft der Allgemeinen Wehrpflicht und von den Finanzen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem jüngsten Urteil zur Wehrpflicht nach seiner grundsätzlichen Bejahung der anhaltenden Legitimität der Wehrpflicht eindeutig herausgestellt, dass es Aufgabe der Politik ist, das Wehrsystem durch politische Entscheidung festzulegen. Dies kann gelingen, solange die Wehrpflicht begründbar ist.

Die Wehrpflichtigen leisten heute einen entscheidenden Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung. Dies wird auch künftig so sein. Selbst wenn die heutige Planung als Folge der tragischen Ereignisse des 11. September 2001 erheblich geändert würde, es blieben ausreichend Schutzaufgaben in der Landes- wie Bündnisverteidigung, die Wehrpflichtige wahrnehmen können. Ferner bietet die Wehrpflicht die besten und kostengünstigsten Möglichkeiten, ein ausreichendes Reservistenpotenzial zu gewinnen. Das wiederum erlaubt es jeder Regierung, auf heute noch nicht erkennbare Veränderungen der internationalen Lage durch Aufwuchs der Streitkräfte flexibel zu reagieren. Zum anderen bringen Reservisten durch ihre Berufserfahrung später ein Erfahrungs- und Wissenspotenzial in die Bundeswehr ein, für das Berufssoldaten teuer bezahlen müssen. Die hohen Kosten für die US National Guard beispielsweise sollen jedermann als Warnung dienen.

Ein weiteres Argument, das man nicht zu gering schätzen sollte, das allerdings zur Begründung der Wehrpflicht nicht ausreicht, ist die Bindewirkung, die Wehrpflichtige zwischen Bundeswehr und Gesellschaft erzeugen. Es ist in den politischen Entscheidungsprozessen über den Einsatz von Streitkräften, aber auch in den Beratungen über den Verteidigungshaushalt gewiss kein Nachteil, wenn es Abgeordnete gibt, die die Streitkräfte aus eigenem Erleben von innen kennen.

Schließlich ist die Wehrpflicht, wie dargelegt, die Basis für die Regeneration der Streitkräfte. Ohne ausreichende Rege-

nerationsfähigkeit kann der Staat die im Artikel 87a des Grundgesetzes gestellte Aufgabe nicht erfüllen.

Diese Gründe sollten es erlauben, die Beibehaltung des Instrumentes der Allgemeinen Wehrpflicht auch künftig zu rechtfertigen. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu dem Gesetzgeber mit seiner die Vereinbarkeit der Wehrpflicht mit dem Grundgesetz bejahenden Entscheidung freie Hand gegeben. Die Entscheidung über die Zukunft der Wehrpflicht ist deshalb politisch zu treffen.

Bekanntnis zur Wehrpflicht

Es sind keine Gründe erkennbar, die ein Abrücken von der Wehrpflicht politisch zwingend machen. Aussetzen hat nur Sinn, wenn man den Erfassungs-, Musterrungs- und Einberufungsapparat erhält. Das aber ist teuer und produziert keine Gegenleistung.

Die Politik sollte klar Ja oder Nein zur Wehrpflicht sagen. Die Wehrpflicht ist noch immer begründbar. Sie hat sich bewährt. Sie erlaubt der Bundeswehr, dem neuen Aufgabenspektrum mit der geplanten Mischung von Wehrpflichtigen und Längerdienenden flexibel und zu beherrschbaren Kosten gerecht zu werden. Trennt man die aus Berufs- und Zeitsoldaten sowie freiwillig länger dienenden Wehrpflichtigen bestehende Einsatzkomponente sauber von den aus Wehrpflichtigen und Längerdienenden bestehenden, auf Heimatschutz und Ausbildung konzentrierten Elementen der Streitkräfte, dann endet man zwar bei einer Auswahlwehrpflicht, aber man kann eine Streitkräftestruktur planen, die einer Berufssoldatenarmee qualitativ in nichts nachsteht und letztendlich durchhaltetüchtiger ist.

Es dürfte auch keine kostengünstigere Alternative als die Wehrpflicht geben, um gleiche Leistung und gleiche Flexibilität zu erreichen. Es gibt daher keine sachlichen Gründe, die Allgemeine Wehrpflicht aufzugeben. Die Wehr-

Tabelle: Verteidigungshaushalte im Jahre 2000

	Anteil in % BSP	Davon % Personal	Beschaffung in Mrd. US \$	Forschung/ Entw. in Mrd. US \$
Frankreich	2,7	–	5,7	2,9
Deutschland	1,5	60,1	3,5	1,3
Italien	1,9	72,9	2,0	0,2
Spanien	1,3	66,6	0,9	0,1
Großbritannien	2,4	39,2	9,9	3,1
USA	3,2	38,6	71,2	40,3

pfligt ist Teil der Erfolgsgeschichte Bundeswehr, sie könnte und sollte es auch bleiben.

Finanzen

Technologie und Personal bestimmen die Qualität von Streitkräften, das durch politische Entscheidung als Verteidigungshaushalt zur Verfügung gestellte Geld legt die Größe der Streitkräfte und auch ihre Qualität fest. In einer idealen Welt würden Strategie, Risiken und politische Absichten die politische Entscheidung über den Verteidigungshaushalt eines Landes bestimmen. Doch eine ideale Welt gibt es nicht.

Die Entscheidung über den Verteidigungshaushalt wird in der politischen Realität demokratischer Staaten stärker vom Steueraufkommen und von der Rangordnung der Staatsaufgabe Verteidigung in der Kette anderer Staatsaufgaben als von den genannten, eher konzeptionellen Faktoren bestimmt. Dies war im demokratischen Teil Deutschlands selbst während des Kalten Krieges so. Heute, ohne eine für jeden Bürger erkennbare existenzielle Bedrohung, gibt es schlicht keinen politisch vermittelbaren Grund, von dieser Gewohnheit abzuweichen. Die beeinflussbare Variable ist somit der politische Stellenwert der Aufgabe Verteidigung und damit das Gewicht der Streitkräfte als Instrument zur Wahrung außen- und

sicherheitspolitischer Interessen. Eingegangene internationale Verpflichtungen eines Landes sind ein wichtiger Faktor zur Festlegung dieses Stellenwertes. Doch die politischen Realitäten zeigen, dass die Nationen relativ schnell bei der Hand sind, internationale Verpflichtungen in Bündnissen wie der NATO zu übernehmen, dabei jedoch sorgsam vermeiden, aus einer politisch bindenden eine rechtlich bindende Verpflichtung werden zu lassen.

Eine Möglichkeit, eine gewisse Versteigerung der Verteidigungshaushalte und damit auch bessere industrielle Planbarkeit zu erreichen, wäre die Einführung von Konvergenzkriterien wie sie François Heissbourg vorgeschlagen hat. Wie notwendig dies wäre, zeigt ein Blick auf die Realität der Verteidigungshaushalte wichtiger NATO-Staaten im Jahre 2000.

Diese Zahlen sind im Jahre 2002, für das naturgemäß noch keine offiziellen Zahlen der NATO vorliegen, in der grundlegenden Tendenz der aus ihnen ablesbaren Aussage unverändert. Nur die USA und Großbritannien haben einen annehmbaren BSP-Anteil, investieren in modernes Material und verschwenden nicht die Masse ihres Geldes für Personal. Alle anderen Nationen weisen Haushalte auf, die eine Modernisierung der Streitkräfte auf die lange Bank schieben, ja sie in einigen Fällen fast unmöglich machen. Diese Zah-

len belegen auch, dass die Umsetzung der Beschlüsse der EU von Helsinki, eine europäische Eingreiftruppe aufzustellen, im Jahre 2000 keinerlei Niederschlag in den Verteidigungshaushalten fand. Was aber 2000 nicht eingeleitet war, kann angesichts der langen Zeiträume, die militärische Beschaffungen kennzeichnen, 2003 nicht Wirklichkeit sein.

Sie zeigen schließlich das dramatische Wachsen der Lücke zwischen den USA und Europa: Den 40,3 Milliarden US-Dollar für Forschung und Entwicklung stehen in Europa gerade einmal 7,6 Milliarden gegenüber. Diese 7,6 Milliarden Dollar sind noch dazu die Summe aus den nationalen Haushalten, nicht aber der Aufwand für koordinierte europäische Forschung und Entwicklung. Dringender Handlungsbedarf ist daher gegeben. Die EU oder die NATO, am besten beide, sollten darum noch im Jahre 2002 einen Beschluss herbeiführen, der die Mitgliedsstaaten verpflichtet, beginnend ab 2004 binnen einiger Jahre eine Aufteilung der Verteidigungshaushalte zu erreichen, die vorsieht, nicht mehr als maximal 45 Prozent für Personal auszugeben und mindestens dreißig Prozent für investive Ausgaben, also Beschaffungen, Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung, einzuplanen.

Zusätzlich sollte beschlossen werden, ab 2005 mindestens 1,5 Prozent des BSP als Richtschnur für den Verteidigungshaushalt zu akzeptieren und diesen Anteil danach durch jährliche Steigerung um 0,05 Prozent bis zum Zielanteil von zwei Prozent wachsen zu lassen. Bis zu diesem Zieljahr sollten entweder die EU-Staaten oder besser die NATO-Staaten ohne die USA zusätzlich ein Programm zur Verbesserung der europäischen Handlungsfähigkeit beschließen, mit dem die dringlichsten Beschaffungen für die Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft der von der NATO beschlossenen *Combined Joint Task Forces (CJTF)* und der in Hel-

sinki 1999 beschlossenen EU-Eingreiftruppe eingeleitet werden könnten.

Würden die Streitkräfteplanungen der NATO und der EU sowie der Nationen wie vorgeschlagen harmonisiert, dann würden die Nationen eine sie letztlich entlastende Planungsvorgabe erhalten. Sie könnten sich in ihren nationalen Planungen dann auf Intervention und Schutz konzentrieren. Diese nationalen Kräfte zu finanzieren müsste mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Konvergenzkriterien und der zusätzlichen Nutzung moderner Finanzierungsmethoden möglich sein.

Das Problem der Finanzierung moderner Streitkräfte ist für Deutschland wie seine europäischen Bündnispartner mittel- bis langfristig durchaus auch ohne die haushaltesprengenden neuen Belastungen lösbar und damit in der Tat ein Problem politischen Willens. Voraussetzung ist allerdings, dass alle Möglichkeiten gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung in der NATO und der EU genutzt und die Möglichkeiten des Kapitalmarktes wie des Dienstleistungsbereiches so umfassend wie möglich ausgeschöpft werden.

Die Umsetzung der Reform der Bundeswehr ist möglich, sofern sie politisch gewollt wird. Deutschland muss die Frage beantworten, ob es seine Rolle als eines der großen Mitgliedsländer der NATO und der EU wahrnehmen will oder ob es Getriebener bleiben will. Streitkräfte kann man nicht in der Krise aufbauen. Man hat sie und kann sich schützen, oder man hat sie nicht und ist vom Schutz durch andere abhängig, verzichtet damit allerdings auf Einfluss. Das ist die Dimension, um die es wirklich geht, wenn man über die Zukunft der Bundeswehr nachdenkt. An dieser Frage wird sich letztlich entscheiden, ob Europa handlungsfähig wird oder nicht. Dann aber kann es keine Frage mehr sein, denn an Deutschland darf Europa nicht scheitern.